

Wenn dieser Newsletter nicht richtig angezeigt wird, klicken Sie bitte hier.



## Newsletter 2019-01 / Liga Baselbieter Stromkunden

Sie erhalten von der Liga Baselbieter Stromkunden monatlich einen Newsletter mit aktuellen Informationen zur Energiepolitik.

---

## Aktuelles aus der Politik

### Aus dem Baselbiet

#### Klärung der Rolle von Erdgas/Biogas im kantonalen Energiemix

**Heizöl ist in Schweizer Haushalten nach wie vor der mit Abstand wichtigste Energieträger. Laut Daten des Statistischen Amtes Basel-Landschaft werden noch immer rund 40 Prozent aller Gebäude im Kanton mit Öl beheizt.** Damit verursacht der Gebäudesektor laut dem gemeinsamen Energie-Kompetenzzentrum der Kantone (EnDK) rund 40 Prozent des gesamten CO<sub>2</sub>-Ausstosses. Mit dem Ersatz der Ölheizungen durch Gasheizungen, könnte der CO<sub>2</sub>-Ausstoss im Gebäudebereich erheblich reduziert werden.



So kann durch den Ersatz von Öl durch Erdgas mit 10 Prozent Biogas – was bereits heute dem Standard entspricht – der CO<sub>2</sub>-Ausstoss bereits um 34 Prozent gesenkt werden. Wird die Erdgas/Biogas-Heizung mit einer Solaranlage kombiniert reduziert sich der CO<sub>2</sub>-Ausstoss um 50 Prozent. Wird ausschliesslich mit Biogas geheizt, wird gar kein CO<sub>2</sub> ausgestossen.

#### Bezahlbarkeit der Energiewende ist Grundvoraussetzung

Trotz dieser guten Bilanz von Erdgas/Biogas, spielen Gasheizungen in der aktuellen Klimadebatte keine Rolle. Vielmehr sind in einigen Kantonen Bestrebungen im Gange, neben Ölheizungen auch Gasheizungen zu verbieten. Dabei wird die Tatsache verkannt, dass der Ersatz einer bestehenden Heizung durch eine Heizung mit erneuerbaren Energien rund 50 Prozent höhere Investitionskosten auslöst. Diese Beschaffungskosten können sich zahlreiche Hauseigentümerinnen und -eigentümer oder Mieterinnen und Mieter schlicht nicht leisten.

Die Verkenning dieser Tatsache schadet der Realisierung der Ziele der Energiestrategie 2050 insgesamt. Denn genau diese Bezahlbarkeit der Energiewende ist die wesentliche Grundvoraussetzung für eine breite Akzeptanz derselben. Die Energiewende ist ohne Einbezug der Hauseigentümerinnen und -eigentümer sowie des Gewerbes schlicht nicht mehrheitsfähig.

Diesem Umstand wird beispielsweise die Links-Grün regierte Stadt Zürich gerecht, die Gasheizungen mit einer Umweltprämie unterstützt. Das Versorgungsunternehmen Energie 360 Grad, an dem die Stadt Zürich über 96 Prozent hält, subventioniert neue Gasheizungen mit bis zu 5'000 Franken.

### **Biogas-Anteil wird auf 30 Prozent erhöht**

Gasheizungen können unter Umständen eine entscheidende Rolle zur Erreichung der Klimaziele im Gebäudebereich spielen. So lässt sich die Umrüstung von Öl auf Gas bereits sehr kurzfristig und mit überschaubaren Kosten realisieren – die sich aufgrund der gesteigerten Effizienz sowie den tieferen Reparatur- und Wartungskosten rasch amortisieren lassen. Dazu kommt, dass der Biogas-Anteil im Erdgas kontinuierlich erhöht wird. Die Gasbranche hat es sich zum Ziel gemacht, den aktuell zehn prozentigen Biogas-Anteil bis ins Jahr 2030 auf 30 Prozent zu erhöhen.

Der Umstieg von Öl auf Gas schont entsprechend sowohl das Klima wie auch die Finanzen. Unter Einbezug dieser Ausgangslage setzt sich der Wirtschaftskammerdirektor und Präsident der Liga Baselbieter Stromkunden, Christoph Buser, im Landrat für eine wirtschafts- und hauseigentümerfreundliche Realisierung der ambitionierten kantonalen Klimaziele ein. So bittet Buser mit einem Postulat im Landrat die Regierung, zu prüfen, wie viele Ölheizungen im Kanton durch Gasheizungen ersetzt werden könnten. Buser will vom Regierungsrat weiter wissen, inwiefern der Kanton den Ersatz von Ölheizungen durch Gasheizungen unterstützt, respektive welche Rolle Erdgas und Biogas in der kantonalen Energieversorgung der Zukunft spielen. Das Postulat ist für die Landratssitzung vom 31. Januar 2019 traktandiert.

---

## **Energiepaket in Vernehmlassung**

**Der Regierungsrat will die nahtlose Weiterführung des Baselbieter Energiepakets bis ins Jahr 2025 sicherstellen.** Da die bisherigen finanziellen Mittel Ende 2019 aufgebraucht sind, sei dazu eine Anpassung des kantonalen Energiegesetzes notwendig, teilte der Kanton mit. Den entsprechenden Gesetzesentwurf hat die Kantonsregierung in die Vernehmlassung geschickt. Die Vernehmlassung dauert bis zum 15. April 2019.



Der Regierungsrat schlägt vor, dass der Kanton für die Jahre 2020 bis 2025 jährlich 3.0 Mio. Franken – also insgesamt 18.0 Mio. Franken – für das Baselbieter Energiepaket aufwirft. Für 6.0 Mio. Franken soll eine Spezialfinanzierung errichtet werden, die aus dem Fonds zur Förderung des Wohnungsbaus geüfnet wird. Mit den geforderten 3.0 Mio. Franken aus dem Kanton, profitiert das Baselbieter Energiepaket von jährlichen Bundesbeiträgen von acht 8.0 Franken. Mit den überschaubaren Kantonsmitteln könnten die hiesigen Wohneigentümerinnen und -eigentümer sowie das kantonale Gewerbe entsprechend jährlich von insgesamt 12 Mio. Franken profitieren. Die Liga Baselbieter Stromkunden wird zu gegebener Zeit detailliert Stellung zur Vernehmlassung nehmen.

### **Liga unterstützt Baselbieter Energiepaket**

Die Liga Baselbieter Stromkunden unterstützt die Weiterführung des kantonalen Förderprogramms grundsätzlich. So verursacht der Gebäudesektor 40 Prozent des schweizerischen CO<sub>2</sub>-Ausstosses. Diese Zahlen gelten auch für den Kanton Basel-Landschaft. 2010 sprachen sich die Baselbieterinnen und Baselbieter dafür aus, dass der Heizwärmebedarf im Gebäudebereich den Zielsetzungen der 2000-Watt- Gesellschaft entsprechen muss. Weiter soll der Anteil erneuerbarer Energien – exklusive Mobilität – bis 2030 ambitionierte 40 Prozent betragen. Um diese, von der Baselbieter Stimmbevölkerung beschlossenen energiepolitischen Ziele zu erreichen, ist noch ein weiter Weg zu gehen.

### **Energiepaket setzt auf Anreize und nicht auf Verbote**

Mit dem Baselbieter Energiepaket setzt der Kanton den Willen der Baselbieter Stimmbürgerinnen und Stimmbürger effizient um: «Das Baselbieter Energiepaket setzt dort an, wo mit dem eingesetzten Franken die beste Wirkung erzielt werden kann: Bei der Verbesserung der Energieeffizienz, und zwar durch Anreize, nicht durch Verbote», sagt der Liga-Präsident Christoph Buser. Auch Hansruedi Wirz, SVP-Landrat und Mitglied des Liga-Vorstands beurteilt das Baselbieter Energiepaket als Erfolgsgeschichte. So werde mit dem Baselbieter Energiepaket erreicht, dass die hiesigen Wohneigentümerinnen und -eigentümer bereit seien, rund neun Zehntel der Kosten für energetische Sanierungen selbst zu tragen, wenn sie dafür mit einem Zehntel unterstützt werden. Bislang seien aufgrund der Förderbeiträge aus dem Baselbieter Energiepaket Investitionen in Höhe von rund 700 Mio. Franken ausgelöst worden. «Von diesem Geld, respektive den damit verbundenen Aufträgen, profitieren in erster Linie unsere kantonalen KMU», so der SVP-Landrat.

---

## **Aus der nationalen Energiepolitik**

### **Energiekommission des Ständerats fordert Inlandziele beim CO<sub>2</sub>**

**Die Energiekommission des Ständerats (Urek-S) begrüsst die Stossrichtung der Vorlage für ein neues CO<sub>2</sub>-Gesetz. Explizit spricht sich die Urek-S für ein klares Inlandziel aus.** Ein solches schaffe neue Möglichkeiten für die Schweizer Wirtschaft. Die Botschaft zur Totalrevision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes 2021-2030 wurde Ende 2017 vom Bundesrat verabschiedet. Gemäss der Landesregierung müssen die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 50 Prozent gegenüber 1990 gesenkt werden. Die Emissionsreduktionen sollen dabei zu 30 Prozent im Inland und zu 20 Prozent im Ausland realisiert werden können. Weiter soll die CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Brennstoffe auf bis zu 210 Franken pro Tonne CO<sub>2</sub> steigen. Ab 2018 beträgt die Abgabe 96 Franken pro Tonne CO<sub>2</sub>.



Das besagte Inlandziel sorgte in der Wintersession 2018 im Nationalrat für hitzige Diskussionen und war mit ein Grund, dass die grosse Kammer die Vorlage in der Gesamtabstimmung abgelehnt hat. Während die Ratslinke eine möglichst hohe CO<sub>2</sub>-Reduktion im Inland forderte, sprach sich die FDP gegen ein fixes Inlandziel aus.

### **Liga plädiert für pragmatische Lösung**

Die Klimaerwärmung ist eines der global dringlichsten Probleme und hat auch erhebliche Auswirkungen auf die Schweiz. Entsprechend unterstützt die Liga Baselbieter Stromkunden die Umsetzung des Pariser Klimaübereinkommens im Rahmen der Totalrevision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes. «Die Liga Baselbieter Stromkunden unterstützt das ambitionierte Ziel, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 50% gegenüber 1990 zu reduzieren», sagt Wirtschaftskammerdirektor und Liga-Präsident Christoph Buser. Der Zwang zu einer 30-prozentigen Reduktion im Inland sei jedoch nicht zielführend. Wo die Emissionsreduktionen realisiert werden, sei für das Klima nicht entscheidend. Vielmehr sei die Klimathematik ein globales Problem und mache nicht vor den Landesgrenzen halt. «Das Ziel muss es sein, mit jedem Schweizer Franken den grösstmöglichen Effekt zugunsten des Klimas zu erzeugen», so Buser.

---

---

## Aus den Medien

### Rückschlag für den Klimaschutz

Basler Zeitung, 12. Dezember 2018

[Zum Artikel](#)

### SVP rechnet mit «Extremwerten»

Basler Zeitung, 11. Dezember 2018

[Zum Artikel](#)

### Auf keinen grünen Zweig

Basellandschaftliche Zeitung, 7. Dezember 2018

[Zum Artikel](#)

### Leuthard will «Lex Beznau» sichern

Basler Zeitung, 7. Dezember 2018

[Zum Artikel](#)



LIGA BASELBIETER STROMKUNDEN, POSTFACH 633, 4410 LIESTAL  
TEL: 061 927 64 88      EMAIL: INFO@STROMKUNDEN-BL.CH  
FAX: 061 927 64 89      WEB: WWW.STROMKUNDEN-BL.CH

---

Klicken Sie hier um sich aus dem Verteiler abzumelden.